

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechswochenzeitliche Ausgabe 4.— M., vierteljährlich 12.— M.
— In der Redaktion des Anzeigers sind alle Anzeigen, die für den nächsten Tag zu erscheinen haben, zu bringen.
— Einmal wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Wochenlicher Abonnementpreis: In der Redaktion des Anzeigers 45.00 M.,
von anderen Orten mit Postzusatz 45.00 M.
Einzelnummer 400 M.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122

Dienstag, den 17. Oktober 1922.

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Im Rahmenauszug wurde Ernst v. Seebow zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt; die übrigen Angeklagten erhielten meist Gefängnis- und Geldstrafen, Barmode, Geldbusse und Bogen wurden freigesprochen.
— Unter Führung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks ist zur Abschaffung der Handwerksämter in Preußen ein preussischer Handwerksrat gegründet und die Handwerkskammer Berlin zum gemeinschaftlichen Vorstand gewählt worden.
— In Teuchern hat ein aus der Fremdenarbeit entlassener Bauer seinen Trau und seinen beiden Kindern die Hölle abgefahren.
— Ein französischer Gegenvorsitz gegen die Denkschrift Bradburns macht die Wendung einer Auslands-anleihe von der Verpfändung der Älde und indirekten Steuern abhängig.
— Ein Parisereremissio an San Francisco besagt, daß der in Wien gestorbene Sozialdemokrat „Bonahof“ völlig verloren ist; alle Paragraphe befinden sich an Bord der „Mediterran“.

Die neue Reichsstaatsregierung.

Offenbar wird die Frage des deutschen Reichsstaats, die am 17. Oktober ihren Anfang nehmen soll, nicht eine Sache mit demokratischen. Die meisten Demokraten können nur wünschen, und das liegt auch in unserem größten Interesse, die Befreiung der äußeren Schwierigkeiten ist abhängig von dem guten Willen der Nichtdemokraten, bei denen sich von Tag zu Tag die Stimmen mehren, daß es nie länger nicht weiter gehen kann.
Die Staatsregierung des Reichsstaats wurde noch nicht voll verfaßt. Sie hand nicht unter dem Einfluß der früheren Zeit, der Schwärzung des Nationalismus der Unwissenheit, Verwirrung, und der Enttäuschungen wegen der Abwanderung. Die Regierung des Reichsstaats muß die Umkehrung des Reichsstaatsstaats betonen, die für notwendig erkannt, aber bis zur Herrschaft verurteilt wurde. Ob die Umkehrung die nach der Wiedererrichtung der beiden sozialdemokratischen Parteien oder später als letzter geworden ist, ist aber erst später in Angriff genommen werden soll, wird sich bald herausstellen müssen.
Bayern als Kandidat im Rahmen der Reichsstaatsregierung für die Lebensmittellieferung angerechnet werden müssen, so ist es doch nicht ohne die Befreiung der Markt herbeiführen, und diese Befreiung liegt auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Wenn die Reparationskommission sich Hilfe gibt, und die englische Regierung etwas drängt, so kann die neue Staatsregierung in längstens zwei Wochen zusammenberufen. Dort soll die Sozialdemokratie und die deutsche Regierung des Reichsstaats beraten werden. Der Reichstag hat gewiß allen Grund, über die deutsche Finanzlage zu verhandeln, das Reich, die Staaten, die Älde leiden in gleicher Weise, aber diese Bedenken können nur vorübergehender Wert haben, in Frage der neuen Staatsregierung ist eine neue Staatsregierung gefunden hat.
Der Reichstag wird Gegenstand nehmen müssen, das ganze Gebiet der Teuerung mit ihren Ursachen und Wirkungen noch stärker als bisher zu beleuchten. An die Sozialdemokratie ist man auch zu spät herangekommen, dies Treiben und die Freiheit des Handels sind längst nicht mehr gleichbedeutend gewesen. Die Befreiung der Landwirtschaft muß in unsere Leben gebracht, und die Befreiung der Produkte nach dem Ausland im allgemeinen Interesse verfaßt werden.
In sozialpolitischen und anderen inneren Gesetzentwürfen liegt eine ganze Reihe vor. Ein gutes Werk soll niemals gehindert werden, aber es muß sich auch in gewissen Sinne den überstehenden Bedenken anpassen. Das Reichsstatut hat sich in seiner Zusammenfassung geändert. Mit Befriedigung wird der Reichstag festhalten können, daß sich der Arbeitswille in allen Kreisen gehoben hat. Wir können also hoffen, daß das Wort der Befreiung wahr wird, daß die Arbeitskraft das höchste Gut der deutschen Nation wird.

Keine Anteilnahme ohne Pfänder.

Barthous Gegenvorsatz.
Als Gegenvorsatz gegen den Plan Bradburns, der ein fünfjähriges Moratorium für Deutschland vorschlägt, ist von französischer Seite eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die der Reparationskommission zur Kenntnis dieser Woche zugehen soll. Nach dem „Deutour“ handelt es sich um eine Note, in der auch die französische Reparationspolitik erklärt werde. Der französische Vorschlag ginge von dem Grundgedanken aus, daß es unerlässlich sei, die deutschen Finanzen zu lancieren, daß dieser Zweck aber nur durch Einföhrung der Inflation, durch die Kontrolle des Devisenhandels und den Ausgleich des Budgets erreicht werden könne.

Einzig und allein eine ausländische Forderung könne zu diesen Ziele führen. Damit sie mit Erfolg aufgelegt werde, müsse ihr Zinsdienst durch deutsche Einkünfte garantiert werden. Die französische Delegation werde als Pfand hierfür die Einkünfte des Reiches aus Zinsen und indirekten Steuern vorschlagen.
Aber die Denkschrift Bradburns hat der neue Präsident der Reparationskommission, Barthou, den französischen Vorschlag zurückgewiesen, die Denkschrift sehe weder ein Moratorium im eigentlichen Sinne des Wortes, noch ein Moratorium im weiteren Sinne vor. Die Denkschrift sei von unvollständiger Richtigkeit und erzwinge auf die unvollständigen Maßnahmen, die ein Kapital 1. von Moskau aus befaßt, um den Zusammenbruch der Welt von Frankreich nach dem Mißerfolg des russischen Krieges zu verhüten. Die Denkschrift erwähne aber weder die Brüsseler Konferenz noch die früheren Verpfändungen Englands, das seinen Beitrag auf deutsche Entschuldungen, eine Revision des Reparationsstaats nach den französischen Forderungen und die Erhebung der indirekten Steuern in Aussicht stellt für den Fall, daß Frankreich einer Verabreichung der deutschen Schuld zustimmt.

Im die Reichspräsidentenwahl.

Hindenburg weiß von nichts.
Generalstabesamt des Reichspräsidenten Hindenburg hat in der hannoverschen Presse eine Erklärung veröffentlicht, wonach er nicht in der Lage sei, zu einer Kandidatur als Reichspräsident Stellung zu nehmen, da ihm eine solche Kandidatur von keiner Seite angeboten worden sei.
Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der sich mit der Frage der Präsidentschaft befaßt, hat für einen Versuch den Reich ein. Sollten die Parteien sich einem solchen Vorhaben überlassen, so wird die Volkspartei gegen eine Wiederwahl Geerts auftreten. Keinesfalls wird sie die Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten unterstützen, sondern sich mit aller Entschiedenheit für eine bürgerliche Kandidatur einsetzen.
Reichstagspräsident Dr. Wirth hatte eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten, in der er diesem die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei bekannt gab. Reichspräsident und Reichstagspräsident waren sich völlig darüber einig, daß vor allen Dingen für das außenpolitische Handeln der Republik, wie auch für die innerpolitische Angelegenheiten die Vereinigung des Deutschen Volkspartei zur Kandidatur der Regierungskoalition und zur Mitarbeit im Kabinett notwendig sei.

Sezt für Hindenburg.

In einer Besprechung der deutschnationalen Partei sprach der Vorsitzende Sezt über die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten. Die Hauptbedenken in diesem Zusammenhang sind die, daß die Parteien immer und immer wieder durch die Unklarheiten hindurchgehen werden. Sezt, nach Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, sei sie in den Vordergrund gerückt, da die Sozialdemokratie jetzt die Probe aufs Exempel machen wolle, um sich als Partei der Deutschen zu zeigen. Die Revolution sei noch nicht zu Ende. In den nächsten zwei Jahren, die über Leben und Tod des deutschen Volkes entscheiden werden, dürfe kein Parteienkampf wie Eiert an der Spitze des Staates sein. Die Deutschnationalen Volkspartei wolle einen Reichspräsidenten, der über den Parteien stehe. Zum Schluss äußerte sich der Redner zu der Kandidatur Hindenburgs, die als er mit großer Wärme eintrat, da Hindenburg der einzige sei, der überparteilich vom ganzen Volk gewählt werden könne.

Frankreichs Kriegswille 1914.

Eine Überlegung Vivianis.
In einer längeren Aussprache, die Freiherr v. Nostberg, der Herausgeber der „Die Zeit“, die Aussagen des russischen Finanzministers, an den Ausföhrungen Vivianis über die Verpfändung gegenüber einem Vertreter des M. D. gemacht hat, wies er zum Beweise dafür, wie weit uns gerade Frankreich in der Kriegsbereitschaft voraussetzt, auf eine Depesche Vivianis hin, die aus der Nacht vom 31. Juli zum 1. August kommt, also aus einer Zeit, bevor Deutschland in England den Krieg erklärt hatte, und wieselbe lautet:
Paris, den 18./31. Juli 1914, 1 Uhr nachts.
Dem Militärattaché an den Kriegsmilitär.
Der französische Kriegsminister eröffnete mir in gehobener herzlichen Zune, daß die Regierung zum Krieg bereit sei, und daß sie, die Befreiung des französischen Generals von der Verpfändung, daß die untere Verpfändung gegen Deutschland gerichtet sein werden und Österreich als eine Quantität negliger behandelt werden wird.

Danach besteht kein Zweifel mehr darüber, wer zu dem Untergang der Welt entschlossen war, Frankreich oder Deutschland. Wenn Vivianis zum Beweise der Kriegsbereitschaft Frankreichs die Zurückweisung der französischen Depesche an England mitgeteilt, und dieser habe ihm „in der allerletzten Instanz“ erklärt, daß Japan sich, als auch das gesamte Kabinett fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag anvertrauten Verpflichtungen vollständig zu erfüllen.“ Aber wegen des französischen Parlaments und „aus Erwägungen, die schließlich England bereiten, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von Seiten Frankreichs, sondern von Seiten Deutschlands erfolgt.“

Deutsches Reich.

16. Oktober 1922.
Die erlaube heilige Tamara und der verbotene schlesische Adler. Der Reichsminister hat einen Erlaß herausgegeben, der den Truppen das Tragen des schlesischen Adlers verbietet, jedoch u. a. die Anlegung des Tamara-Ordens der Republik Georgien gestattet. Die Erlaß wird, sei diese Verordnung darin begründet, daß nach dem Entwurf der Anordnung zur Uniform der Kriegsauszeichnungen und Ehrenzeichen getragen werden dürfen, die als staatliche Auszeichnungen gelten. Hierzu rechne u. a. auch der Orden der heiligen Tamara, der von der Republik Georgien verliehen werde. Bemerkung habe der Inhaber dieses Ordens beim Ministerium angefragt, und so sei diese Anordnung in der Verhandlung als Beispiel angeführt worden. Der schlesische Adler aber sei nur eine Denkmäler und staatlich nicht anerkannt.
Forderungen der christlich-nationalen Eisenbahner. Die christlich-nationale Generalfabrik deutscher Eisenbahner hat eine Denkschrift dem Reichstag unterbreitet. Sie fordert darin eine grundsätzliche Reform der Wählung und, solange diese noch nicht erreicht ist, fortlaufende Prüfung von Gehältern von Sachverständigen und Ausschüssen nach dem amtlichen Gehaltsmaßstab durch paritätische Kommissionen und entsprechende Festsetzung der Gehaltsgruppen. Ebenso wird die Gewöhnung eines Teils der Beamtengehälter in Naturalien verlangt.
Wählungen will zu Bayern. In Meinungen ist eine Vereinigung gewünscht worden, deren vorbereitender Ausschuss den Beschluß gefaßt hat, bei der Reichsregierung den Antrag zu stellen, einen Volkszweck Angelegenheit an ein anderes Land. Damit kann nur Bayern gemeint sein. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ betonen, daß die Initiative nicht von Bayern ausgegangen ist. Das Beispiel Bayerns, das sich bei Bayern wählung, hat begrifflich keine starken Anstoß für die Anschließung, die durch aus nicht neueren Datums ist, in Sachsen-Meinungen gegeben.
Gegen das Erwerbverbot der Staatsbürgerschaft gegen Fremde haben die Vertreter des Deutschen Bürgervereins eine Entschärfung gefaßt, in der es heißt: „Die heute in Berlin verammelten Vertreter des Deutschen Bürgervereins erheben Einspruch dagegen, daß durch dieses Verbot in ungewisser Weise in die deutsche Rechtspflege eingegriffen wird. Sie erblicken in der Begründung des Verbotes den Vorwurf, daß deutsche Bürger ihre Pflichten, allein nach Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden, nicht befreit haben, und weisen diesen Vorwurf mit Entschärfung zurück. Von den beruflichen Stellen des Reiches und Preussens erwarten sie wirksamen Schutz der auf das schwerste verletzten deutschen Zuständigkeit.“
Der französische Kriegsminister gegen deutsche Generäle. Aus Lille wird gemeldet: Der deutsche General v. Sander, früher Kommandant des 6. Armeekorps, ist vom Kriegsverbot zu Lille im August 1918 verurteilt worden. Er ist im August 1918 in der Stadt Angen verurteilt worden. Andererseits hat der Kommandant des 1. Armeekorps in Lille einen „Parabese“ erlassen gegen den General Sander, der während der deutschen Besetzung Belgiens Kommandant von Cambrai war, und es sich gegen den General von Marwitz. Der Erlaß wird beauftragt, die Angelegenheiten und Bestimmungen von Sander zugehen zu haben, der meinte, daß er nicht bestraft, denen keine Heberrettung von Kriegsgefangenen nachgewiesen werden konnte, habe erlassen lassen.

Im Sommerwetter ist das Ergebnis der Aktion. Die Angelegenheit waren durchaus nicht leicht. So wurde eine ganze Menge an 11. Bund Geldern verkauft. Das Angebot eines gut aussehenden Bekleidungs am Montag-Fest, zu dem eine Menge an Geldern wurde, da schließlich 35.000 Bund Geldern an den Tag kamen. Die Angelegenheit waren durchaus nicht leicht. So wurde eine ganze Menge an 11. Bund Geldern verkauft. Das Angebot eines gut aussehenden Bekleidungs am Montag-Fest, zu dem eine Menge an Geldern wurde, da schließlich 35.000 Bund Geldern an den Tag kamen.

Verminnges.

— Es ist die hohe Politik, sondern — Aber! Der einzige Weg ging die Nachsicht durch die Seele, daß die Verbindung zwischen der griechischen Prinzessin Olga und dem dänischen Kronprinzen Friedrich aufgehoben worden sei. Da die Nachsicht zeitlich mit den für Griechenland ungünstigen Ereignissen im Osten zusammenfiel, gegen verschiedene Zeitungen daraus den Schluß, die Aufhebung der Verbindung hänge mit dem Eintritt des Königs Konstantin zusammen. Wie uns jedoch von autoritativer Seite mitgeteilt wird, wäre das griechische Unglück, das man überdies am dänischen Königsfest keineswegs für dauernd ansieht, gewiß für den dänischen Kronfolger kein Anlaß, die Prinzessin nicht mehr heimzuführen; dem letzten Endes sollte sie nicht Kronprinz Friedrich nach Athen, sondern ungehehr Prinzessin Olga nach Kopenhagen heiraten. Der tiefere Grund liegt daher nicht in der hohen Politik, sondern in der — Liebe. Der Weg des Verhältnisses wäre auch ohne die Ereignisse in Griechenland gekommen, ja, er war eigentlich schon vollzogene Tatsache, ob die Welt von dem Siege Kemal Paschas erfährt. Gewißlich sollte in die Nachsicht bereits im Sommer fortzuführen; der Tod der Mutter der dänischen

Königin führte die erste Verlobung herbei. Der Kronprinz reiste nun für längere Zeit nach Athen. Als er wieder heimgekehrt war, blieb es aufs neue, die Hochzeit mußte aufgeschoben werden, da sich für das neuvermählte Paar keine Wohnung finden ließ. Schon damals begannen die Leute die Hochzeit zu schätzen. Inzwischen werden die Kronprinzen aber noch dadurch verwundet, daß der angelegentlichste Besuch der jungen Prinzessin ausbleibt. Zuerst blieb es, er werde ein einige Wochen, dann ein Monate, dann auf unbestimmte Zeit verschoben. Ob die weitere Bemützung möglich ist, das ist — für uns die Frage — Prinzessin Olga ihr Herz einem anderen Meinen geschenkt und dies freimüthig mit der Bitte um Abgabe ihres Jawortwortes dem Kronprinzen bei dessen letzten Anwesenheit in Athen bekannt habe, entzogen sich begrifflicher Weise unmerklich.

„Verdammt hübsch, aber ... verrückt!“
— Eine bekannte deutsche Schriftstellerin — nomina sunt odiosa — die sich nicht nur durch ihre Romane, sondern auch als politischer Rednerin, besonders in Kämpfe gegen den Alkohol, einen Namen erworben hat, war kürzlich bei einem Gastbesuche im Niedersächsischen zu Gaste geladen. Als nun ihr Gastgeber Gebirgsstube hatte, und er selbstverständlich alle Gastnachbarn mit Frauen und Kindern ein. Die Dame hielt dabei eine ihrer landläufigen Reden, und wenn es auch ein Gebirgsstube sein sollte, so konnte es bei ihrem Temperament natürlich nicht ausbleiben, daß zum Schluß eine gewisse Fehdeanlage an den Alkohol daraus wurde. Was das Herz voll ist, das geht der Mund eben über. Ihre Rede wurde mit zunehmender Lebhaftigkeit aufgenommen; dann aber nahm einer der Alten das Wort; in unerwarteter Plötzlichkeit meinte er:

„Dat war man good un lustig, dat Fräulein haken (reden) to hören; denn wi heit dat ju mannigmel seggen (sagen) hört, wat sie for en lust un süden Rednerin (was sie für eine lustige Rednerin wäre); un so is dat man good, dat wi se hört henen (schöner haben). Manig hübsch (verdammt hübsch) hat dat Fräulein (Fräulein) snakt; aber wat dat Fräulein snatte, na, da schall mit doo de Dämäl halen (da soll mich doch der Teufel holen!); dat was al verrückt (das war ganz verrücktes Zeug)!“

Die Schriftstellerin war humorvollständig genug, in das allgemeine Gelächter einzustimmen, das sich nach diesen Worten ergab.

Das letzte Mittagessen.
— Der englische Schriftsteller Ralph Waldo, Sohn der berühmten Lady Webb, einer der ersten Damen zur Zeit der Königin Victoria, erzählt in seinem letzten Buch eine lustige Geschichte aus einem berühmten Pariser Restaurant. Dieses Restaurant war so luxuriös, daß nur die Reichsten wagen konnten, es zu besuchen. Das Essen wurde auf Silber gereicht, manchmal sogar auf Gold, wenn es besonders reich und bekannt Gäste waren. Einmal feierten Galt mit seiner Dame vor gerade eine königliche Majestät auf Gold gereicht worden, und er forderte die Bekanntschaft. Er war aber doch etwas verblüfft, als er die Summe von 5000 Francs sah, ließ sich den Doorteller rufen und bat ihn um Aufklärung. Zuerst sah er die Summe das Essen sei schon recht, meinte er, aber was sollen die 5000 Francs bedeuten, bei denen nur einige unleserliche Kratzspuren zu sehen seien? — „Das, Herr Graf“, flüsterte der Doorteller ihm ins Ohr, „ist für den Wüffel und die Gassen, die Madame in den Strumpf gesteckt hat.“ Die Lady ging heute ohne Protokoll bezahlt.

Auf Grund des § 1 d. S. Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 (R. G. Bl. S. 235) wird mit Zustimmung der Reichsregierung die Vereinigung „Bismarckbund“ in Halle hierdurch für aufgelöst erklärt.

Werken, die sich an dem nunmehr aufgelösten Bunde als Mitglied betheiligen, werden gemäß § 4 des Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mk. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zur gleichen Dauer bestraft.
Berlin, den 27. Sept. 1922.

Der Minister des Innern.

Öffentlich
Wienfelds, den 9. Oktober 1922.

Der Landrat.

Die für die Zeit vom 8. Okt. bis 15. Okt. d. J. ausgegebenen Bismarck mit dem schwarz aufgedruckten „A.“ verlieren am 15. ds. Mts. ihre Gültigkeit.
Nach diesem Tage dürfen die Wähler und Wahlhändler diese Marken nicht mehr annehmen.
Die Wähler und Wahlhändler haben diese Marken bis spätestens Donnerstag, den 19. ds. Mts. bei der Stabs- und Wahlstelle abzuliefern. Die Wähler und Wahlhändler werden ausdrücklich darauf hingewiesen, verfallene Marken nicht mehr anzunehmen; da hierfür Nachtrag nicht mehr veranlagt wird.

Wienfelds, den 14. Oktober 1922.

Der Vorsitzende des Kreiswahlkommissars.

Nr. 128
Stabs- und Wahlstelle.

Vereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender e. V., Teuchern

Unser vereinsfähige Kundenschaft teilen wir hierdurch mit, daß wir infolge des erhöhten Preises für elektrischen Strom beschließen haben, unsere Läden von 6 Uhr abends, die Lebensmittelgeschäfte eine halbe Stunde später vom 16. Oktober ds. J. an zu schließen.

Dienstag, den 17. d. Mts.

abends 6 Uhr ist es mit einem Tausend

Läufer Schweinen

im Hotel zum Löwen ein.

Gustav Schnellhardt, Weizenfelds
Feinbrotb. 37. Rotharheuerstr. 24.



Wie neu
wird alles Schulzeug
geputzt mit
Nigrin.

Sucht zum 1. November
sauberes ordentl.
Dienstmädchen.
A. Dunkelberg.

Hausgrundstück
von 1000 qm und 1000 qm
weiter am Lubitz auf dem
Bande zu kaufen. Angebote
unter „Dunst“ in der
a. d. Tagblatt in Weizenfelds
a. S.

Wohnungstausch

von Rancho 83 nach G. ö. ö. ö.
oder Weizenfelds.

Anständ. Mädchen

wird für Vormittag zur Auf-
wartung gesucht.
Franz Doppelh. Reich.

Bruchfranke

haben auch ohne Operation und
Herausführung geheilt werden
Königs- Sprechstunde in
Weizenfelds, Hotel zum
Löwen, A. 10a Nr. 4, am
18. Oktober von 9-1 Uhr.

Dr. med. Jacobs, Med.
Spezialist für Bruchfranke
Berlin W. 50, Rindlerstr. 33.
(bisher Dr. Lande).

Kleinfuch

Einem
Kleinfuch
sucht sofort
G. Rätke, Reibhain.

Löwen-Diele (Hotel zum Löwen).

Freitag den 20. Oktober
abends 7 Uhr

1 Gastspiel der überaus beliebten

Thüringer Humorsänger.

Programm.
„Die vier Jahreszeiten“, humoristischer Wechsel-
selgsang von Otto Clausius, ges. von Hum-
or-Sänger-Quartett.

Walter Lang, Humorist und Ansager.
Emil Hartmann, die urkomische Type
Kurt Volkert, lyrischer Bariton und Stim-
mungssänger.

La-Gel-Duet, in den neuesten Schlagern.
Zum Schluss noch eine krachende Posse
U. a. m.

Eintritt frei.
Tischbestellungen nehme schon jetzt entgegen.

Jed-n einen genussreichen Abend ver-
sprechend ladet ergoebst ein.

Fr. Wentzke.

Eine Eiche

(Gesäß), 4 m. lang, 0,75
m. Durchmesser am W.
nach zu verkaufen bei
Otto Graul, P. gautzke.

Arbeitsnachweis

Deutschern.
Arbeitsnachweis in der
offenen Stellen
Geschäftsstelle werktäglich von
8 1/2 - 1 Uhr.

Geht nicht werden:
18 Knechte, 8 Buchsen, 15
Mägde, 2 Hausmädchen in
die Landwirtsch., 1 Haushäl-
terin und ein Arbeiter, 1
Wirtsch. feine, Stroharbeiter.

Stellen suchen:
1 Gehilfen, 1 jüngerer
Schmied, Schlosser, 1 Dreher,
angelegene Arbeiter unter 21
Jahren.

Tinte

zu haben bei
Otto Lieferenz.

Achtung. **Lichtspiele Weiße Wand** Nur 2 Tage
Dienstag, den 16. und Mittwoch, den 17. Oktober
gelangt ein großes Filmwerk zur Vorführung wie es hier lange nicht auf
der Leinwand erschienen ist.
In den Hauptrollen nur beste Filmschauspieler deren Namen schon für ein
erstklassiges Werk bürgen: Reinhold Schünzel, Conrad Veidt, Werner
Krauß und Lane Child.
Lady Hamilton
in 8 wuchtigen Akten.
Nur frühzeitiges Kommen sichert einen guten Platz.

Freitag, den 20. Okt.
abends 8 Uhr
Versammlung
im Ratshaus.
Zahlreiches Erscheinen drin-
gend notwendig.
Der Vorstand.

Heute früh schlief
plötzlich und unerwartet
unsere liebe, gute,
kleine
Gerda
im Alter von 9 Mon.
In tiefer Trauer
Emil Regenstein u. Frau
geb. Dathe.
Krüssuln, d. 15. 10. 22.

LIGA zum Schutze der deutschen Kultur

am Donnerstag, den 19. Oktober spricht im
Hotel zum Löwen

Willi Vierath

über
Frankreich, Genua u. wir.

Zur Unkostendeckung 6.- Mk., Mitglieder der Ortsgruppe
3.- Mk.
Ortsgruppe Teuchern.

Anzeigen-Reflexe

für das Buch
Programm zum
Rennen am
22. Oktober des
Reichklub Teuchern
wird bis Mittwoch
Vormittag entge-
genommen in
der Geschäftsstelle
ds. Bl.

Sonntag Abend 1/9 Uhr entschlief nach
langen, schwerem Leiden meine liebe Frau,
unsere gute, treusorgende Mutter, Gross- und
Schwiegermutter

Frau Amalie Schäbel

geb. Biering.
Dies zeigen tiefbetruht an
der trauernde Gatte Hermann Schäbel
nebst allen Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch nachm. 4 Uhr.

Öffentlicher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagsort: Die hochheiligen Kirchspiele 4. — Pfl., Neumannsches 4 80 St.

Verlagsnummer in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Teuchern 10.
 Hierfür voranzulassen 3 Mgr. Bestellungen und Abonnements Anzeigen
 müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Donnerstag Preis: Jedes einzelne Blatt 40.00 St.
 von Freitag bis zum Ende des Monats 45.00 St.
 Einzelnummer 400 St.

Bestellungen und Abonnements Bestellungen werden am besten in der Geschäftsstelle, Teuchern 10, oder den unteren Orten und allen Postämtern angenommen.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
 Abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122

Dienstag, den 17. Oktober 1922.

61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Im Rathensproch wurde Graf v. Tschow zu 15 Jahren Haftstrafe verurteilt, die übrigen Angeklagten erhielten nach Aufhören und Gefängnisstrafen, Barmde, Stelbner und Weg wurden freigesprochen.

— Unter Führung des Reichsvertrages des Deutschen Handelsrats ist zur Abänderung der Handelsverträge in Preußen ein vormaliger Handelsminister begründet und die Handelsminister des Reichs zum gemeinschaftlichen Wort gewandt worden.

— In Preußen hat ein aus der Freireichsliste entlassener Bauer seiner Frau und seinen beiden Kindern die Missetat angedroht.

— Ein französischer Gegenminister gegen die Deutsche Reichsregierung hat die Veränderung einer Auslandsabteilung von der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern abgelehnt.

— Ein Artikelprogramm aus San Francisco besagt, daß der in Madrid getretene Kolonialminister, „Colonat“ heißt, nicht nur ist, alle Kolonien befinden sich an Bord der „Republik“.

Die neue Reichsregierung.

Hoffentlich wird die Forderung des deutschen Reichstages, die am 17. Oktober ihren Anfang nehmen soll, nicht eine Session mit Hindernissen. Die inneren Verhältnisse können wir verschleiern, und das liegt auch in unserem größten Interesse, die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Die besten der Reichsregierung, bei denen bis von Tag zu Tag die Stimmen mehren, daß es nie bisher nicht weiter gehen könne.

Die Reichsregierung des Reichstages wurde noch keine Zeit gegeben. Sie stand noch unter dem Eindruck der letzten Zeit der Erhebung des Reichstages. Die Reichsregierung hat die Verwaltung der äußeren Angelegenheiten wegen der Finanzkontrolle, Angelegenheiten dieser Art wurde über die Umstellung des Reichsministeriums beraten, die für notwendig erkannt, aber die zur Verwirklichung verweigert wurde. Ob die Umstellung die nach der Reichsregierung der beiden sozialdemokratischen Parteien eher später als früher geschehen soll, wird sich bald herausstellen müssen.

Wenn als Hauptziel im Innern erträgliche Verhältnisse für die Lebensmittelversorgung angesehen werden müssen, so ist es doch nicht ohne die Befreiung der Wirtschaft, und diese Aufgabe liegt auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Wenn die Reichsregierung etwas beabsichtigt, so kann die neue Reichsregierung, die für Preußen in Aussicht genommen ist, in längstens sechs Wochen zusammenzutreten. Dori soll die Außenpolitik und die definitive Lösung des Reparationsproblems beraten werden. Der Reichstag hat gemäß allen Grund, über die deutsche Finanzlage zu verhandeln, das Reich, die Finanzen, die Städte leiden in großer Weise, aber diese Debatte können nur theoretischen Wert haben, so lange die neue Regierung nicht eine für uns erfüllbare Lösung gefunden hat.

Der Reichstag wird Gelegenheit nehmen müssen, das ganze Gebiet der Deutung mit ihren Ursachen und Wirkungen noch härter als bisher zu beleuchten. In die Devisenpolitik ist man auch zu spät herangekommen, dies Reich und die Freiheit des Handels sind längst nicht mehr gleichbedeutend geworden. Die Befreiung der Landwirtschaft muß in höhere Bahnen gelenkt, und die Befreiung ihrer Produkte nach dem Auslande in allgemeiner Interesse verbleibt werden.

Die sozialpolitischen und anderen inneren Gegenständen liegt eine große Reihe vor. Ein gutes Wort soll niemals gefunden werden, aber es muß sich auch in gewissem Sinne den abweichenden Verhältnissen anpassen. Das Protektorat hat sich in seiner Zusammenhang geändert. Mit Verwirklichung wird der Reichstag konstatieren können, daß sich der Arbeitswille in allen Kreisen gehoben hat. Wir können also hoffen, daß das Reich die Befreiung noch wird, daß die Arbeitskraft das höchste Gut der deutschen Nation wird.

Keine Anleihe ohne Pfänder.

Barthous Gegenwort.

Als Gegenwort gegen den Plan Wabrburchs, der ein für die deutschen Finanzen zu verwerflich ist, von französischer Seite eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die der Reparationskommission im Laufe dieser Woche zugehen soll. Nach dem „Deurer“ handelt es sich um eine Note, in der auch die französische Reparationspolitik erläutert werden. Der französische Vorschlag ging von dem Grundsatze aus, daß es unerlässlich ist, die deutschen Finanzen zu befreien, daß dieser Zweck aber nur durch Einschränkung der Zinsfuß, durch die Kontrolle des Devisenhandels und den Ausgleich des Budgets erreicht werden könne.

Einzig und allein eine ausländische Anleihe könne zu diesen Ziele führen. Damit sie mit Erfolg aufgelegt werde, müsse ihr Zinsfuß durch deutsche Einkünfte garantiert werden. Die französische Delegation werde als Pfand hierfür die Einmässigen des Reiches aus Zinsen und indirekten Steuern vorsetzen.

Ueber die Denkschrift Wabrburchs hat der neue Präsident der Reparationskommission, Barthou, den französischen Pressevertretern erklärt, die Denkschrift sehe weder ein Memorandum im eigentlichen Sinne des Wortes, noch ein Memorandum im weiteren Sinne vor. Die Denkschrift ist von erklärlicher Kühnheit und erinnere an die energielosen Maßnahmen, die ein Napoleon I. von Moskau aus betrug, um den Zusammenbruch der Armee von Frankreich nach dem Mißerfolg des russischen Krieges zu verhindern. Die Denkschrift erwäge aber weder die Brüsseler Konferenz noch die früheren Verhandlungen Englands, das seinen Verzicht auf deutsche Sachleistungen, eine Revision des Reparationsvertrages nach den französischen Wünschen und die Einziehung der internationalen Zinsen in Aussicht stellt für den Fall, daß Frankreich einer Herabsetzung der deutschen Schuld zustimmt.



gund gerät, da die Sozialdemokratie für die soziale aus Gerechtigkeit machen wollen, um sich als einzige Partei Deutschlands zu zeigen. Die Revolution sei noch nicht zu Ende. In den nächsten zwei Jahren, die über Leben und Tod des deutschen Volkes entscheiden würden, dürfe kein Parteimann die Wert an der Spitze des Staates stehen. Die Deutsch-nationale Volkspartei wolle einen Wechselschritt machen, der über den Parteien stehe. Zum Schluss äußerte sich der Redner zu der Kandidatur Hindenburgs für die er mit großer Wärme eintrat, da Hindenburg der einzige sei, der überparteilich vom ganzen Volk gewählt werden könne.

Frankreichs Kriegswille 1914.

Eine Widerlegung Ribbants.

In einer längeren Ansprache, die Freiherr v. Ribbentrop, der Herausgeber der „Zeitung“, die Forderungen des russischen Delegationsrats, zu den Ausführenden Ribbants über die Verwirklichung gegenüber einem Vertreter des B. T. S. gemacht hat, weist er zum Beweise dafür, wie weit uns gerade Frankreich in der Kriegserklärung voraussetzt, auf eine Deutsche Denkschrift hin, die aus der Nacht vom 31. Juli zum 1. August kommt, also aus einer Zeit, bevor Deutschland den Krieg erklärt hatte, und welche lautet:

„Telegramm Nr. 216.
 Paris, den 18./31. Juli 1914, 1 Uhr nachts.
 Vom Militärattaché an den Kriegsminister.
 Der französische Kriegsminister erklärte mir in gehobener herzlichen Tone, daß die Regierung zum Kriegseinsatz entschlossen sei, und daß sich die Haltung des französischen Generalstabs zu bestätigen, daß alle unsere Anstrengungen gegen Deutschland gerichtet sein werden und Österreich als eine Quantität negligible behandelt werden wird.“

Danach besteht kein Zweifel mehr darüber, neu zu dem Blutergießen rüber entschlossen sein, Frankreich und Deutschland. Wenn Ribbanti zum Beweise der Friedfertigkeit Frankreichs auf die Zurückziehung der französischen Truppen um 10 Kilometer von der Grenze, die am 30. Juli erfolgt ist, hinweist, so sollte dadurch offenbar nur in England der Eindruck erweckt werden, als ob Frankreich der Überfallene sei. Das beweist ein Telegramm, in dem der russische Vorkämpfer meldet, er habe dem Präsidenten der Republik am 1. August kurz vor Witternacht die Kriegserklärung Deutschlands an Russland mitgeteilt, und dieser habe ihm, in der allerhöchsten Form, erklärt, daß sowohl er selbst, als auch das gesamte Kabinett fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag angebotenen Verpflichtungen nachzukommen und ganz zu erfüllen.“ Ueber wegen des französischen Parlaments und aus Ermahnungen, die hauptsächlich England betreffen, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von Seiten Frankreichs, sondern von Seiten Deutschlands erfolgt.

Deutsches Reich.

16. Oktober 1922.

Die erkrankte heilige Tamara und der verwetene schlesische Vater. Der Reichsbeamtenrat hat einen Beschluß herausgegeben, der den Truppen das Tragen des schlesischen Adlers verbietet, jedoch u. a. die Anlegung des Tamara-Ordens der Sondereinheit Georgien gestattet. Wie hierzu vom Reichswehramt mitgeteilt wird, sei diese Verordnung darin begründet, daß nach dem Entwurf der Anzugsordnung zur Uniform von Kriegsangehörigen und entsprechende Befestigung werden dürfen, die als staatliche Auszeichnungen gelten. Hierzu rechne u. a. auch der Orden der heiligen Tamara, der von der Republik Georgien verliehen werde. Vermuthlich habe der Inhaber dieses Ordens beim Wehramt angefragt, und so sei diese Auszeichnung in der Verordnung als Beispiel angeführt worden. Der schlesische Vater aber sei nur eine Denkmünze und staatlich nicht anerkannt.

Erhebungen der geographischen Eigenschaften. Die geographische Eigenschaften deutscher Eigenhüter hat eine Denkschrift dem Reichstag unterbreitet. Sie fordert darin eine grundsätzliche Revision der Währung und, solange diese noch nicht erreicht ist, fortläufige Prüfung von Kalkulation von Handel und Industrie nach dem amtlichen Verfahren durch die Reichsregierung und entsprechende Befestigung der Verbraucherpreise. Ebenso wird die Gewährung eines Teils der Beamtenbezüge in Naturart verlangt.

Reinigung will zu Sobern. In Meinungen ist eine Reinigung begründet worden, deren überbreitender Anstoß den Befehl gefügt hat, bei der Reichsregierung den Antrag zu stellen, einen Volksentscheid im Lande Sachsen-Meiningen herbeizuführen, um die Angelegenheit an ein anderes Land, Berlin, nach Bayern zu verschieben. Die „Allgemeine Deutsche Nachrichten“ betonen, daß die Initiative nicht von Bayern ausgegangen ist. Das Beispiel Koblenz, das sich bei Bayern wappfähig, hat begrifflichweise starken Anstoß für die Unabhängigbewegung, die durchaus nicht neueren Datums ist, in Sachsen-Meiningen gegeben.

Gegen das Exzessverbot der Stabpflanzung gegen Einzel haben die Vertreter des Preussischen Reichstages eine Entschiedenheit gefasst, in der es heißt: Die heute in Berlin versammelten Vertreter des Preussischen Reichstages erheben Einspruch dagegen, daß durch dieses Verbot in unerhörter Weise in die deutsche Rechtspflege eingegriffen wird. Sie erklären in der Begründung des Beschlusses den Vorwurf, daß deutsche Richter ihre Pflicht, allein nach Recht und Gerechtigkeit zu urteilen, verstoßen verstoßen haben, und weisen diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück. Von den vereinigten Stellen des Reiches und Preussens erwarten sie wirksamen Schutz der auf das schwerste verletzten deutschen Justizhoheit.

Der französische Befehlshaber gegen deutsche Generale. Aus Lille wird gemeldet: Der deutsche General v. Sander, früher Kommandant des 6. Armeekorps, ist vom Kriegesgericht zu Lille im Verwehrensverfahren zu 10 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Haftstrafe wegen Verletzung von Gütern in der Stadt Angin verurteilt worden. Andererseits hat der Kommandant des 1. Armeekorps in Lille einen „Haltbefehl“ erlassen gegen den General Gille, der während der deutschen Besetzung Plombières in Cambrai war, und ebenfalls gegen den General von Waverly. Der erste wird beschuldigt, während der Besetzung von Cambrai die Befehle zu haben, die die Besatzung, den keine Hebrerretung von Kriegsgefangenen nachgewiesen werden konnte, habe erschossen lassen.